

Protokoll: ÖNZ-online Fachgespräch: Verstetigte Konflikte mit neuen Eskalationsstufen in der DR Kongo: Machtpoker in Kinshasa und lokale Konflikte im Ost-Kongo

am 2. März 2021 mit:

Fred Bauma, Research Director bei der CSR (Congo Research Group), New York und Aktivist bei der Bürgerplattform La Lucha (La Lutte pour le changement)

Odile Bulabula, stellvertretende Koordinatorin des Netzwerks RIO (Réseau d'Innovation Organisationnelle), Bukavu

Nene Morisho, Direktor des Pole Instituts, Goma

Fragen zur politischen Situation und der Regierung Tshisekedis

Bisheriger Höhepunkt der Spannungen zwischen den beiden politischen Lagern CACH (Tshisekedi) und FCC (Kabila) war die Auswahl von Richter:innen im Juni 2020. Heute verfügt Tshisekedi über die Mehrheit in Parlament und Senat.

Die neue Regierung hat als Priorität die Sicherheitslage im Osten und v. a. die Bekämpfung der ADF-Miliz angekündigt. Die wesentliche Frage ist und bleibt, wie eine Reform des Sicherheitsapparates gelingen kann.

Der Einfluss in Politik und Militär des ehemaligen Präsidenten Kabila scheint gesunken und Tshisekedis Einfluss erkennbar gestiegen zu sein. Dennoch ist die Machtfrage nicht abschließend geklärt. Tshisekedis Einfluss hat zumindest über Teile des Sicherheitsapparats zugenommen.

Fragen zur Rolle des Militärs

In der DR Kongo gibt es keine funktionierende Armee. Korruption und Käuflichkeit sind unter den Militärs hoch, da viele Soldat:innen kaum oder zu unregelmäßig bezahlt werden.

Viele Militärs wurden aus den verschiedenen bewaffneten Gruppen in die FARDC integriert, was neben den strukturellen Problemen wie mangelnde Ausbildung, Bezahlung, Versorgung etc. zu einem mangelnden Gemeinsamkeitsgefühl und fehlender Moral führt. Die FARDC ähnelt in Teilen anderen bewaffneten Gruppen.

Eine entscheidende Frage ist, wem sich die Mehrheit der Generäle zuwenden wird: Tshisekedi oder Kabila. Tshisekedi hat einige Generäle neu nominiert und andere Personen in militärischen Posten installiert. Die Entwicklungen der nächsten Monate werden im Hinblick auf die Armee entscheidend sein.

Fragen zur Sicherheitssituation v.a. im Osten des Landes

In den östlichen Provinzen herrscht eine katastrophale Lage, die die Bevölkerung täglich herausfordert. Viele Akteure sind für die tägliche Gewalt verantwortlich: Vertreter:innen der lokalen Gemeinschaften, Polizei- und Militärangehörige, kriminelle Banden, Milizen aus dem Ausland, lokale Sicherheitsgruppen/Milizen. Indoktriniert und unterstützt werden diese auch von Politiker:innen.

Gründe für die anhaltende Gewalt sind die Inkompetenz der kongolesischen Regierung, die unzureichende (Personal-)Ausstattung und Inkompetenz der staatlichen Armee FARDC und Nationalpolizei, die unzureichende Sicherung der Grenzen gegenüber ausländische Milizen vor allem aus Ruanda und Uganda kommend, Korruption, illegaler Abbau und Handel von Rohstoffen, mangelnde Infrastruktur in den Provinzen, Vorurteile und Misstrauen zwischen den verschiedenen Gemeinschaften, „Hate speech“ in den sozialen Netzwerken,

Indoktrinierung und Manipulierung der Jugendlichen. Immer wieder kommt es zu Zusammenstößen krimineller Banden und eine hohe Anzahl an Waffen ist im Umlauf.

Der Kampf um die politische Macht ist auch unter den lokalen Gemeinschaften omnipräsent und führt zur Exklusion mancher Gruppen. Die ungleiche Aufteilung des Landes erzeugt unter der Bevölkerung Frustrationen, da ein Großteil keinen Zugang zu fruchtbarem Land hat. Des Weiteren werden die Konflikte um den Zugang zu Land und Macht von Identitäts-Konflikten verstärkt, bzw. ermöglichen diese (Auseinandersetzungen zw. ethnischen Gruppen wie beispielweise zwischen Hutu und Tutsi). Allerdings sind viele Dörfer multi-ethnisch und der kaum vorhandene Staat ist nicht in der Lage, eine soziale Kohäsion zu schaffen. Dies führt wiederum dazu, dass bewaffneten Gruppen als Interessenvertreter:innen genutzt werden und zum Teil stark in die ökonomischen Systeme der Dörfer eingebunden sind (wie bspw. durch Kontrolle von Minen etc.). Viele bewaffnete Gruppen tragen Konflikte gewaltsam aus, die in den Gemeinschaften bereits vorhanden sind. Der jahrzehntelange Konflikt hat eine große Fluchtbewegung im Osten des Landes ausgelöst. Zwischen fünf und sechs Mio. Menschen befinden sich auf der Flucht.

Fragen zu dem Zugang zu natürlichen Ressourcen

Ein Konflikttreiber im Osten des Landes ist die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen. Dies ist sowohl ein lokales als auch regionales Problem. Die bewaffneten Gruppen sind sehr mächtig und gut vernetzt und haben kaum Anreize, sich zu demobilisieren. Die Ressourcenausbeutung ist sehr lukrativ. Das führt auch zu der schwierigen Frage, welche Anreize mit den Demobilisierungs-Programmen gemacht werden können, um dafür zu sorgen, dass bewaffnete Gruppen ihre Erwerbszweige aufgeben und sich demobilisieren lassen.

Fragen zur Rolle der Nachbarländer

Die Nachbarländer profitieren von der instabilen Situation in den Ost-Regionen und dem illegalen Abbau und Handel mit Rohstoffen. Dafür sprechen u.a. die steigenden Exportstatistiken zu Mineralien und Holz in den Nachbarländern. Ruanda hat bspw. eine Raffinerie für Gold aufgebaut, ohne welches zu produzieren. Bislang wurde überregional kaum etwas getan, um die Gewalt im Osten der DR Kongo einzudämmen und auch die überregionale Organisation CIRGL (Internationale Konferenz der Großen Seen) ist viel zu passiv und deren Sicherheitsprogramme bislang ohne Effekt. Auch bei der Neubesetzung der Ministerien in Kinshasa wird sich zeigen, wer an Strategien arbeitet, um mit den Nachbarländern u.a. Uganda stärker überregional zur Eindämmung der Gewalt zusammen zu arbeiten.

Fragen zu Demobilisierungsprozessen (DDR= Programmen zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung)

Bei vorherigen DDR-Programmen wurden Evaluationen durchgeführt und einige dieser Erkenntnisse fließen in die neuen Maßnahmen ein wie bspw. die Dezentralisierung: die Rolle der Provinzen wurde in den neuen Programmen gestärkt; die Frage der Reintegration (neuer Ansatz, der die Dorfgemeinschaften dabei in den Fokus rückt) fokussiert sowie ein zusätzliches Programm implementiert, das ausschließlich von Zivilist:innen geführt wird. Bei den vorherigen DDR-Programmen war die Begleitung der demobilisierten jungen Menschen unzureichend.

Hinsichtlich der DDR-Programme wird gefordert, den Fokus aber nicht ausschließlich auf die Jugend zu legen. Die neuen DDR-Prozesse müssen die lokalen Autoritäten ebenso wie die demobilisierte Jugend integrieren (lokale Autoritäten können die jungen Menschen wieder organisieren und mobilisieren – im positiven wie im negativen Sinn). Eine soziale und sozialpsychologische Begleitung ist genauso notwendig wie die finanzielle Begleitung (wie z. B. durch Schaffung von Arbeitsplätzen).

Fragen zur Straflosigkeit

Ein dauerhafter Frieden ist nur mit einer funktionierenden und unabhängigen Justiz möglich. Die interkommunale Versöhnung ist ein weiterer Schritt und muss durch die Justiz begleitet werden. Die Bekämpfung der Straflosigkeit kann nur durch eine bessere (sicherheits-) politische Reform und ein unabhängiges Justizsystem erreicht werden.

Fragen zur Vorbereitung und Organisation der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2023

Eine nachhaltige Stabilisierung des Landes und die Vorbereitung für die Wahlen 2023 sind die beiden Herausforderungen seit der Transitionsphase. Die Zivilgesellschaft verlangt 1) eine Wahlreform und eine Reform der Wahlkommission Ceni, 2) eine zeitnahe personelle Neubesetzung der Ceni und 3) eine De-politisierung der Ceni.

Es herrscht ein Misstrauen zwischen den politischen Schwergewichten in der neu geschaffenen politischen Bewegung „Union Sacrée“. Moise Katumbi und Jean-Pierre Bemba gehören noch der „Union Sacrée“ unter Tshisekedi an, werden aber sicherlich nicht ihre Ambitionen für die Kandidatur 2023 aufgeben.

Der zwei Jahre anhaltende Machtpoker zwischen Tshisekedi und Kabila ist eine Warnung bezüglich einer möglichen Verschiebung des Wahltermins. Allerdings würde eine Wahlverschiebung von der Bevölkerung kaum akzeptiert werden. Zum einen wächst das Interesse an politischen Prozessen in der Bevölkerung (wieder), zum anderen ist die Mehrheit müde im Hinblick darauf, wie das Land geführt wird.

Dennoch besteht die Gefahr, dass sich die Verschleppung der Wahlen wie in den Jahren 2016-2018 wiederholt, da die Finanzierung der Wahlen bislang völlig ungeklärt ist und es keinerlei Anzeichen der Vorbereitung für den Wahlprozess gibt. Die seit 2006 ausstehenden Lokalwahlen werden auf nationalem Niveau nicht besprochen, daher wird es kaum eine Chance für die Organisation von Lokalwahlen vor 2023 geben (und auch 2023 ist dies nicht sicher).

Fragen zur Rolle der Frauen und der Kirchen

Es bestehen einige lokale und grenzüberschreitende Dialoggruppen, in denen lokale Autoritäten vertreten sind.

Viele Frauen wollen politische Verantwortung übernehmen, werden bei entscheidenden Posten und Entscheidungen von den Männern ausgeschlossen. Frauen müssen in den Friedensprozess eingebunden werden.

Die Kirchen spielen eine wichtige Rolle in der DR Kongo. Die Mehrheit der Kongoles:innen ist gläubig. Daher müssen die Kirchen in entscheidenden Fragen zum Wohlergehen der Bevölkerung geschlossen und gemeinsam handeln und politische Unregelmäßigkeiten kritisieren. Problematisch ist aber auch in den Kirchenstrukturen wie in anderen politischen und gesellschaftlichen Strukturen des Landes die systematische Unterdrückung der Frauen und der mangelnde Einsatz für Frauenrechte durch Ordensträger.

Forderungen

... an den kongolesischen Staat:

- Eine effektive Strategie für die Demobilisierung umsetzen sowie eine Reform der Armee und den weiteren Sicherheitskräften beschleunigen.
- Staatlichen Druck auf Unternehmen ausüben, damit diese ihren Pflichten, die u.a. im Code Minier festgelegt sind, nachkommen. Der Staat muss zudem für eine gerechte Verteilung der Gewinne aus dem Rohstoffhandel im Sinne des Wohles der Bevölkerung sorgen.
- Der Staat muss endlich seine Verantwortung in sozialen, sicherheitspolitischen sowie wirtschaftlichen Bereichen übernehmen.

... an die Nachbarländer:

- Die Zusammenarbeit unter den Ländern und mit der DR Kongo im Sinne des Wohles der Bevölkerung fördern.
- Die finanzielle und logistische Unterstützung für bewaffnete Gruppen unterbinden.

... an die EU/UN:

- Die kongolesische Regierung immer wieder zu verantwortlichem Handeln auffordern. Das beinhaltet auch die Implementierung direkter Maßnahmen, um Sicherheit und Frieden im Osten der DR Kongo herzustellen,
- Maßnahmen für intern Vertriebene logistisch und finanziell unterstützen.
- Unterstützung der lokalen NRO, die eng mit der lokalen Bevölkerung zusammenarbeiten. Dies beinhaltet Programme zur Stärkung der Zivilgesellschaft, damit diese ihren Kontrollmechanismus gegen über dem staatlichen Machtmissbrauch stärken kann.

Was muss getan werden, um Frieden, Sicherheit und Entwicklung in der DR Kongo zu gewährleisten?

- Verstärkung und Umsetzung von Stabilisierungsoperationen und -programmen.
- Verstärkte Zusammenarbeit auf regionaler Ebene mit den Nachbarländern. Regionale Organisationen wie die CIRGL müsse dabei ihrer Vermittleraufgaben für Frieden und Stabilität nachkommen.
- Aufbau eines verantwortlichen Staats, der fähig ist, seine Bevölkerung zu schützen und die Grundbedürfnisse zu erfüllen.

Welche Verantwortung hat die DR Kongo im Hinblick auf die ausländischen Bewegungen, die ein hohes Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung darstellen?

- Aufgrund ihrer porösen Grenzen ist die DR Kongo ein Sammelpunkt für ausländische Milizen.
- Die Korruption sorgt für die Durchlässigkeiten an den Grenzen.
- Fehlende Bezahlung, fehlende Strukturen und mangelhafte Ausbildung sorgen für eine grundsätzliche Schwäche in den Sicherheitsbehörden und befördern Untätigkeit und Korruption.